

lismus aufrufen, dem schließlich die Klimaerwärmung in die Schuhe geschoben wird, auch wenn das heute recht belanglos klingt. Kann man mit Kommunismus Umweltpolitik betreiben? Für Luxemburg und Zetkin war die Frauenbewegung auch gar nicht so wichtig.

Für die ebenfalls radikale Sozialistin Angela Davis, die um 1970 in den USA Berühmtheit erlangte, gilt letzteres nicht. Sie verbindet Kritik am Kapitalismus, am weißen Rassismus und am Kolonialismus mit der Unterdrückung der Frauen, vor allem der farbigen, was trotzdem konventionell bleibt, somit im Sinn der analytischen Philosophie mäßigend und im Gegensatz zu Judith Butler wie de Beauvoir.

Gjesdal entwickelt ihre Kritik an der Philosophie, der Politik und der Gesellschaft anhand von Seminaren, die sie gehalten hat. Einerseits wirkt es lebendig, wenn sie Beiträge aus dem Seminar beschreibt, wie man auf die gelesenen Texte von Philosophinnen reagiert. Es verleiht Gjesdals Argumentation zudem eine gewisse Objektivität: Sie sagt es nicht allein. Andererseits sind diese Beiträge anonymisiert, können also von ihr nach Belieben gestaltet werden.

Zudem erzählt sie dabei vieles, was nichts mit der Sache vergessener Philosophinnen zu tun hat: Wo sie selbst wohnt, wie sie mit der Straßensbahn oder dem Fahrrad entlang welcher Stadtlandschaft in die Uni gelangt und wie das Wetter im Frühjahr in Philadelphia ist. Das macht das Buch weitschweifig. Aber wahrscheinlich will die Autorin dem Text dadurch eine gewisse literarische Qualität verleihen. Viele der von ihr präsentierten Philosophinnen haben selbst häufig literarisch und nicht streng philosophisch geschrieben, auch de Beauvoir.

Andererseits aber führt das Buch vor, dass viele Frauen wichtige Beiträge zur Philosophie geleistet haben. Die Französin Germaine de Staël (1766–1817), Gegnerin Napoleons mit extravaganter Leben – fast wie de Beauvoir –, hat diverse Philosophien ihrer Zeit miteinander verbunden und ihr »Vermächtnis innerhalb der politischen Philosophie ist ihr Republikanismus und ihr entschiedenes Eintreten für Werte wie Toleranz, Mäßigung und Liberalität«.

Die deutsche Romantikerin Karoline von Günderrode (1780–1806) kritisiert, dass die von Philosophen propagierte Freiheit männlichen Charakter habe, nämlich »dass diese Freiheit für

die meisten Frauen nicht realisierbar sei, da sie sich ihre Rolle und Aufgabe in der Gesellschaft nicht aussuchen können.« Damit antizipiert sie de Beauvoir.

Ähnliches gilt für die deutsche Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831–1919), die Gjesdal mit den Worten zitiert: »Wie, meine Bestimmung wird mit mir schon fix fertig geboren? Das kommt mir beinah wie totgeboren vor.« Aber daraus folgt nicht wie bei de Beauvoir die individuelle Lebensgestaltung, sind heute viele Feminismen doch eher an der Gemeinschaft orientiert, in der die Frauen eine führende Rolle spielen sollen.

Die als Sklavin geborene Autorin Anna J. Cooper (1858–1964) kritisierte Rassismus und Frauenunterdrückung in den USA. Gjesdal schreibt: »Sklaverei bedeutete auch systematische Vergewaltigung und andere Formen sexualisierter Gewalt. Über ihren leiblichen Vater <der Sklavenhalter ihrer Mutter> weiß Cooper nicht viel Gutes zu berichten.« Auch wenn das Buch nicht unsympathisch erscheint. An vielen Stellen argumentiert Gjesdal sehr normativ und damit vergleichsweise bieder. Aber das ist schon lange ein Zug von Teilen der Frauenbewegung, den Gjesdal offenbar goutiert.

*Hans-Martin Schönherr-Mann*

*Peter HOERES: Rechts und links. Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart. Springe: zu Klampen 2025, 212 S., Ln., € 24,00*

In der politischen Landschaft, so könnte man meinen, spielen die Begriffe »rechts« und »links« überhaupt keine Rolle mehr. Neue Attribute scheinen stattdessen an ihre Stelle getreten zu sein. So kennen und drängen doch alle offenbar nur noch in eine Richtung: in die (demokratische) »Mitte«. Was nicht dazu gehört oder nicht dazu gehören soll, wird abschätzig »die Ränder« genannt. Eine über Jahrhunderte Orientierung gebende »Richtungsbezeichnung« (S. 189) scheint sich so zugunsten einer zentripetalen, konturenlosen und exklusiven Begrifflichkeit und Entität aufzulösen. Eine alles andere als uninteressante, anregende und vor allem äußerst folgenreiche Beobachtung! Nicht um sie geht es

unserem Autor jedoch (siehe aber S. 160). Es geht ihm (zumindest vordergründig!) überhaupt nicht »um rechte oder linke Parteien und Ideologien und deren Bewertung« (S. 185). Ihm geht es jenseits dessen um etwas Grundsätzliches, nämlich »um die Geschichte und Bedeutung der politischen Semantik, welche die Richtungsbezeichnungen ›rechts‹ und ›links‹ erlebt haben« (S. 186). Eine ähnliche Tiefenbohrung hat jüngst übrigens auch Georgios Varouxakis, ein britischer Historiker an einem vergleichbar infrage gestellten Narrativ, nämlich dem des »Westens« vorgenommen (*The West: The History of an Idea*, 2025, dazu: Fuchs, ZfP 1/2026, S. 115 ff.). Sich mit »rechts« und »links« auseinanderzusetzen, erscheint dabei jedoch gerade in der Jetztzeit und der aktuellen politischen Situation in unserem Land mehr als angebracht, stellt sich uns das Gegensatzpaar in öffentlicher und vor allem veröffentlichter Meinung doch nahezu ausschließlich und unwidersprochen so dar, dass »rechts« nur (noch) als »Schmähbegriff« (S. 154) und »links« als das genaue Gegenteil davon wahrgenommen wird.

Aber warum ist das so? Und: stimmt das überhaupt? Woher kommen diese Zuschreibungen eigentlich und war das schon immer so? Die Antwort lautet: Nein, keineswegs! Hoeres' Analyse fördert nämlich etwas völlig anderes und für viele wahrscheinlich höchst Erstaunliches, ja vielleicht sogar Verstörendes zu Tage. Drei Kapitel reichen ihm dazu aus.

In einem ersten Schritt (Kap. II) wird nach einer problemorientierten Einleitung (Kap. I) mit zahlreichen und ausführlichen Belegen aus Biologie (S. 23 ff.), Sprache (S. 31), Religion (S. 35 ff.), Ethnologie (S. 42 ff.), Rechtschreibung (S. 54 ff.) und Geschichte (S. 61 ff.) nachgewiesen, dass und warum das ursprüngliche Verständnis von »rechts« und »links« genau umgekehrt zu dem heutigen gewesen ist. »Rechts« sei danach von Anfang an und immer positiv besetzt und regelrecht »privilegiert« gewesen (S. 186), ganz im Gegensatz zu »links«, das kulturübergreifend und durchgehend negativ besetzt und negativ assoziiert gewesen ist (vgl. nur die interessante und aussagekräftige Gegenüberstellung der »Assoziationsräume links und rechts in verschiedenen Kulturen« S. 47 ff.). In allen diesen Bereichen »blieb die rechte Seite bevorzugt, mit dem Wahren, Schönen und Guten – und Mächtigen – ver-

bunden, für die linke Seite galt das Gegenteil« (S. 64).

Ein zweiter Schritt dient der entscheidenden Frage, wann und vor allem warum diese Sichtweise gekippt und das heutige Verständnis entstanden ist (Kap. III). Als das entscheidende Datum wird die Französische Revolution identifiziert, durch die und in deren Folge sich die »politische binäre Rechts-links-Ordnung« weltweit etabliert hatte – und zwar bis in die noch heute gültige parlamentarische Sitzordnung (S. 65 ff.), in der sich für viele das Rechts-links-Schema überhaupt erst manifestiert (vgl. unter einem indes ganz speziellen Aspekt: Christoph Schönberger, *Auf der Bank, Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments*, 2022 und: Fuchs, DÖV 2023, S. 78). Das Schema hatte sich aber nicht nur etabliert, sondern zugleich auch diametral umgekehrt! Ausschlaggebend dafür war die Etablierung des »dritten Standes« als politischer Faktor gegen die hergebrachte monarchisch-ständische Ordnung (S. 92 ff.), ein Ereignis, das eine enorme Wirkkraft entfalten und hinfür alles, was als »rechts« galt, diskreditieren sollte. Als Lackmestest für die Tragfähigkeit der neuen Ausrichtung des Rechts-links-Schemas könnte die Frage angesehen werden, ob der Nationalsozialismus »rechts« oder nicht doch auch »links« gewesen ist (dazu ausführlich S. 94 ff.) – eine Frage, die durchaus differenziert zu betrachten ist (S. 123 ff./161), die durch eine Kommunikation der Vorsitzenden der AfD, Alice Weidel, mit Elon Musk am 10.1.2025 befeuert worden ist und die letztendlich zur umstrittenen (tendenziell aber zu Recht auch für heute noch als plausibel erachteten – S. 129) »Hufeisentheorie« führt.

Keinerlei Zweifel wiederum kann nach Hoerers Auffassung die in einem dritten und letzten Schritt unter der Überschrift »Der ›Kampf gegen rechts‹« erörterte Frage nach der heutigen Lage der Rechts-links-Orientierung und ihren Auswirkungen auf unsere politische Ordnung und unsere politische Kultur unterliegen (Kap. IV). Als Wurzel für »die Totalausgrenzung der rechten Seite« macht er unter Anführung zahlloser Beispiele die 70er-Jahre aus (S. 147 ff.) bis hin zu heutigen »Brandmauer« (S. 161) und »Kontaktschuld«-Diskussionen (S. 181/182). Eine wahrlich alarmierende, erschreckende und verstörende empirische Bestandsaufnahme! Relevant schließlich die Gründe

und Auswirkungen, die er für diesen »Kampf« ausfindig macht. Als Beweggrund gilt ihm die ebenso umstandslose wie unhistorische Gleichsetzung von »rechts« mit nationalsozialistisch (S. 160). Sein diesbezüglicher Appell nach einer »Wiederaneignung« des Begriffs »rechts« etwa, um der verhängnisvollen Assoziationskette zu entgehen unter dem Label »rechtsbürgerlich« (S. 189) dürfte jedoch ungehört verhallen. Gravierend sind die Auswirkungen, denn: »Der ›Kampf gegen rechts‹ droht in der Konsequenz zu einer Zerstörung der bürgerlichen Freiheit zu führen« (S. 177), offenbart einen »Zug ins Totalitäre« (S. 177), verursacht »eine tiefe Kluft« (S. 186) und hat eine »Desorientierung des Menschen zur Folge« (S. 187), was alles um so dramatischer ist, wenn zugleich »Neutralisierungsinstanzen« wie Bundespräsident und Kirchenvertreter ausfallen (S. 182). Solche gravierenden Konsequenzen habe der »Kampf gegen rechts« vor allem deswegen, weil er eines nicht ungeschehen machen kann: nämlich die Tatsache, dass »rechts« als anthropologische, religiöse, sprachliche, rechtliche und künstlerische Prägung des Menschen eine elementare und gewissermaßen genetische Grundkonstante unseres Gemeinwesens war und ist (S. 186). Rechts und links sind zwar, so die Quintessenz des Autors »ungleiche Geschwister«, die jedoch, und zwar unter ihrem historischen Begriffsinhalt, »einander bedürfen« (S. 190).

Ein großes Programm und eine beachtliche Leistung für ein kleines, schlankes Bändchen -inhaltsreich, anregend, erhellend, ermutigend! Zugleich aber auch beängstigend, wie sich ein Koordinatensystem und das ihm zugrundeliegende Begriffsverständnis so radikal und offenbar unumkehrbar ändern und eine zerstörerische Wirkkraft entfalten kann. Tröstlich nur, dass dies – zumindest theoretisch – auch in umgekehrter Richtung möglich sein könnte. Fraglich jedoch, ob das Büchlein auch die erreicht, die es eigentlich angeht! Denn dazu gehört Offenheit, Toleranz und Mut, woran es den selbsternannten Okkupanten der »demokratischen Mitte« aber nicht selten mangelt. Sie werden Hoeres in szenetypischer Diskursverweigerung platte »Rehabilitation« von »rechts« vorwerfen, wo es in Wahrheit um Information und Aufklärung geht. Insofern ist das kleine Büchlein auch, wenn nicht sogar

zuallererst, ein Prüfstein für unsere politische Kultur!

*Michael Fuchs*

*Tim SCHANETZKY: Politik der politischen Bildung. Das Ringen um Demokratisierung der Deutschen seit 1945. Göttingen: Wallstein 2025, 252 S., €*

Der Titel stapelt hoch. Denn der »Gesamtüberblick« (S. 15) beschränkt sich weitgehend auf die alte Bundesrepublik. Die »zeithistorische« – nicht politikdidaktische – Untersuchung konzentriert sich zwar sinnvoll auf das »Ringen« (S. 15) um die Bundeszentrale für politische Bildung, will aber ausdrücklich (S. 12f.) nicht nur Institutionengeschichte sein und ufert deshalb aus. Schanetzky vagabundiert etwas willkürlich bei anderen Institutionen politischer Bildung – wie Vlotho oder der Körber-Stiftung – und dockt dabei stark an geläufige Linien der Historisierung der Bundesrepublik an. Dabei geht er allzu unscharf der normativen Frage nach, »was unter Demokratie jeweils verstanden werden konnte« (S. 12).

Für die schon 1945 mit den Alliierten einsetzenden Anfänge konstatiert er die »Selbstermächtigung« (S. 46) und das »Selbstbewusstsein einer demokratiepolitischen Elite« (S. 53), die, anders als der Gründungsdirektor und lange überragende Akteur der Bundeszentrale, Paul Franken, oft beachtliche NS-Karrieren mehr oder weniger hinter sich hatte. »Eine Art Gründungskonsens für die Politik der politischen Bildung bestand deshalb gerade in der Ablehnung und Zurückweisung der Reeducation-Politik, hinter der sich höchst unterschiedliche Motive verbergen konnten: der Wunsch, an die deutsche Demokratietheorie anzuknüpfen, ebenso wie kulturbürgerlicher Dünkel gegenüber der Zivilisation der Amerikaner« (S. 61).

Schanetzky unterscheidet (rekapitulierend) fünf Phasen (S. 203ff): Gründung, Professionalisierung, Politisierung und Polarisierung (1969–1980), »Dauerkrise« demokratiepolitischer Saturiertheit und erneute Mobilisierung nach 2014. Er konstatiert einen Terrain- und »Bedeutungsverlust« (S. 208) der Bundeszentrale auch und gerade gegenüber dem Ausbau der Parteistiftungen